

Eurokolleg Fachoberschule München

**Geschichte
Klasse 11 WA 2017/18**

Eintragungen in das Schulheft mit Quellentipps

Die hier im Klassenverband erarbeiteten und niedergeschriebenen Texte bilden den Kern des jeweilig behandelten Stoffes.

Lernbereich 2: Historische und aktuelle Lebenswirklichkeiten: Stehen wir am Beginn einer neuen Epoche ?

Epochengrenzen: Antike, Mittelalter, Neuzeit, Gegenwart

1. Methodische und chronologische Grundlagen

Klett Lehrbuch: Armbruster, Felix, Geschichte und Geschehen. Stuttgart 2012. Klett Verlag, S. 8-35

1.1 Quellen und Epochen

S. 11, Aufgabe 1

M5: Epochen der Geschichte:

Vor- und Frühgeschichte	Von den Anfängen an.
Antike (Altertum, Alte Geschichte)	3000 v. Chr. – 500 n. Chr.
Mittelalter	500 – 1500
Neuzeit	1500 – heute
Frühe Neuzeit	1500 – 1789
Neuere Geschichte	1789 – 1914
Neueste Zeit	1914 – 1945
Zeitgeschichte	1945 - heute

1.2 Antike: Griechische und römische Wurzeln Europas

Klett Lehrbuch S. 12-15

Das moderne Europa hat seine Wurzeln in der Antike. Griechen, Römer und das Christentum schufen die Grundlage der europäischen Kultur. Unsere heutige Auffassung von gerechter Herrschaft basiert auf den Erkenntnissen antiker Staatsphilosophie und dem Vorbild der Demokratie Athens. Die Griechen lehrten uns die Demokratie und das naturwissenschaftliche Denken, die Römer hinterließen ein modernes Rechtssystem. Durch das Christentum und die Bibel trat ein neues

Menschenbild hinzu, das die Würde des Menschen, des Einzelnen und die universelle Gemeinschaft der Menschen betonte.

1.3 Das Mittelalter

Klett Lehrbuch S. 16-21

Man spricht gerne vom finsternen Mittelalter. Aber auch im Mittelalter gab es Fortschritt. Christliche Ideale prägten das Kaiserreich und das Rittertum. In den Klöstern wurde das Wissen der Antike und der islamischen Welt gehütet und in den Städten gewannen die Menschen neue Freiheiten. Das Feudalsystem war das Herrschaftssystem des Mittelalters.

1.4 Die Neuzeit

Klett Lehrbuch S. 22-27

Die Aufklärung im Zeitalter des Absolutismus begründete die Selbstbestimmung und die Würde des Menschen. Im Zeitalter der Französischen Revolution entstanden u. a. die Nationalstaaten. Die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts veränderte die Lebens- und Arbeitswelt der Menschen stark.

1.5 Die Neueste Zeit

Klett Lehrbuch S. 28-35

Diese Epoche wird später noch vertieft.

Zeitgeschichte - Gegenwart

Diese Epoche wird später noch vertieft.

Historische Quellen in der eigenen Lebenswelt:

**Tafelbild: Epochenzuordnung von verschiedenen Bauwerken in München.
Gruppenarbeit (separate Datei Lernplattform: Epochen-Bauwerke München)**

Epochengrenzen der Geschichte

Stehen wir am Beginn einer neuen Epoche ?

**Tafelbild: Ereignisse als Übergang zu einer neuen Epoche (Beispiele)
(separate Datei Lernplattform: Epochengrenzen der Geschichte)**

Aktuelle Herausforderungen

Migration und Fremdenfeindlichkeit

4.3 Deutschland – Ein Einwanderungsland ?

Klett Lehrbuch S. 184-195, Quellentipps: S. 189-195: M9

**Tafelbild: Hauptgruppen von Migrationen nach Deutschland seit 1945
(separate Datei Lernplattform: Migration1945-2017)**

Tafelbild: D Ausländische Bevölkerung 2011 (separate Datei Lernplattform)

5.4 Transnationaler Terrorismus

Klett Lehrbuch S. 268-277, Quellentipps: S. 274-277: M12, M13, M16, M17.

Terrorismus: Das Wort leitet sich von dem lateinischen Verb „terrere“ ab, das soviel wie „in Schrecken versetzen“ bedeutet. Allgemein kann man den Terrorismus als die planmäßige Androhung beziehungsweise Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung von politischen oder ideologischen Zielen durch staatliche, substaatliche oder private Organisationen bezeichnen ohne Berücksichtigung der Menschenrechte (Genfer Konventionen zur Behandlung von Kriegsgefangenen und Zivilisten). Ziel ist es, eine bestimmte Gruppe oder Bevölkerung in Angst zu versetzen und bei anderen um Sympathie zu werben.

Beispiele u.a.:

- Das Olympiaattentat in München 1972.
- „9/11“ - 2001 (USA)
- Die Sauerland-Gruppe 2010.

Tafelbild: Internationaler Terrorismus (separate Datei Lernplattform)

Tafelbild: Freiheit versus Sicherheit (separate Datei Lernplattform)

Lernbereich 3: Einflüsse auf die Lebenswirklichkeit.
Ideen und Ideologien des kurzen 20. Jahrhunderts im globalen Wettstreit.

1.1 Demokratie und Wirtschaftsliberalismus als Leitidee amerikanischer Identität.

Cornelsen Lehrbuch, Berg, Rudolf, Das Geschichtsbuch. Cornelsen Verlag, Berlin 2017, S. 50-75. Quellentipps S. 55, B2, S. 57, T1.

1776 erklärten die im 17. und 18. Jahrhundert gegründeten 13 nordamerikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit vom britischen Mutterland. Die „Declaration of Independence“ (**Unabhängigkeitserklärung**) vom 4. Juli 1776 ist die Gründungsurkunde der Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Sie rechtfertigte die Trennung vom Mutterland mit dem Widerstands- und Naturrecht der europäischen Aufklärung. Die Ideale der Freiheit und Gleichheit und des Strebens nach Glück wurden zur Grundlage des „American Dream“. **Die Verfassung von 1787** verwirklichte den ersten demokratischen Staat der Neuzeit mit dem Prinzip der Gewaltenteilung (Montesquieu, 18. Jh.): Exekutive, Legislative und Judikative kontrollierten sich gegenseitig um Machtmissbrauch zu verhindern. Grundlage hierfür war das Prinzip der Volkssouveränität.

Dieses Land der unbegrenzten Möglichkeiten zog in der Folge Millionen von **Einwanderern** an.

Die Grenze zwischen sogenannter Zivilisation und sogenannter Wildnis, „**Frontier**“ genannt, bewegte sich immer weiter gen Westen, bis sie 1890 ihr Ende fand. Verlierer waren die Indianer.

Der Pioniergeist der **Frontierbewegung** (engl. Frontier = Grenze) prägt bis heute das nationale Selbstverständnis der US-Amerikaner und ist ein wesentliches Kennzeichen der amerikanischen Identität. Es stärkt den **Fortschrittsoptimismus** und das **Vertrauen in die Selbstbehauptung** auch in schwierigen Lagen. Es förderte ein **Sendungsbewusstsein**. Er festigte den Patriotismus und den puritanischen Glauben in die Auserwähltheit der amerikanischen Nation, deren von Gott gegebene Bestimmung es sei, nicht nur den „Wilden Westen“, sondern auch andere Länder zu zivilisieren: **Manifest Destiny**, (die offensichtliche Bestimmung). Diese Haltung geht bis in die Gegenwart.

Es entstand ein riesiger Wirtschaftsraum mit einer schier unbegrenzten Wirtschaftskraft. Das Konzept des **Wirtschaftsliberalismus** (Adam Smith, 18. Jh.) wies staatliche Eingriffe zurück. Nur in einer **freien Marktwirtschaft** könnten sich die Individuen frei entfalten und der Wohlstand der Nationen erreicht werden. Dieses System des **ungebremsten Kapitalismus** löste auch Missbrauch und soziale Missstände aus, die erst im durch Reformgesetze vor dem Ersten Weltkrieg eingedämmt wurden.

Der deutsche Soziologe Max Weber formulierte um 1900 **die protestantische Lebens- und Arbeitsethik**: wie bei den Puritanern, die als einer der Ersten

Nordamerika besiedelten, ist wirtschaftlicher Erfolg ein Zeichen göttlicher Gnade und der **Auserwähltheit**. Fleiß, Askese und die Abkehr von Luxus förderten die Kapitalbildung.

Die Boomphase der amerikanischen Wirtschaft Ende des 19. Jahrhunderts wird das „vergoldete Zeitalter“ (**Gilded Age**) genannt.

1.2 Der Aufstieg der USA zur Weltmacht

Cornelsen Lehrbuch S. 58-61, Quellentipps S. 58, K1, S. 61, B3.

Die nach dem gleichnamigen Präsidenten benannten **Monroe-Doktrin** von 1823 besagen: **Amerika den Amerikanern** - dafür Nichteinmischung der USA in europäische Angelegenheiten.

Aber Wirtschaftsinteressen und das **Sendungsbewusstsein** im Zeitalter des **Imperialismus** (u. a. Gründung von Kolonien) um 1900 bewegten die USA Kolonien und Protektorate (abhängige Staaten) zu erobern, so 1898 Kuba und die Philippinen. Dies war eine Art **Fortsetzung der Frontier**, genannt **Dollarimperialismus**.

Und **1917 traten** die **USA** auf Seiten der Ententemächte England, Frankreich, Italien und Russland gegen die Mittelmächte Deutschland, Österreich-Ungarn, das Osmanische Reich (Türkei) und Bulgarien **in den Ersten Weltkrieg (1914-18) ein**.

Die USA und ihr **Präsident Woodrow Wilson (1913-1921)**, ursprünglich ein Bewunderer deutscher Philosophie und Literatur, waren zunächst neutral.
Gründe für den Kriegseintritt 1917:

- Die Versenkung des britischen Passagierschiffes **Lusitania** mit Amerikanern an Bord durch ein deutsches U-Boot.
- Die Absicht der Mittelmächte **Mexiko** zum Krieg gegen die USA zu bewegen, um dort ursprünglich im Südwesten der USA verlorene Gebiete zurück zu bekommen.
- Deutschland erklärt 1917 den uneingeschränkten **U-Boot-Krieg**.
- Gefährdung amerikanischer **Kapital- und Wirtschaftsinteressen** im Falle eines Sieges der Mittelmächte.

Der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg 1917 markiert den Beginn ihrer weltpolitischen Großmachtrolle im 20. Jahrhundert.

Präsident Woodrow **Wilson** erhielt 1919 den Friedensnobelpreis für seine Bemühungen um den Weltfrieden im Rahmen seines im Januar 1918 verkündeten **14-Punkte-Programmes**: u .a.:

- Das **Selbstbestimmungsrecht der Völker**.
- Die Gründung **Polens**.
- Die Gründung eines **Völkerbundes** zur Vermittlung bei Konflikten zwischen Staaten. Dies wurde 1920 verwirklicht.

Bei den **Friedensverhandlungen in Versailles 1919** konnte sich Wilson nur begrenzt durchsetzen. Zu stark waren die Interessen der Entente-Mächte. Deutschland bekam die alleinige Kriegsschuld, verlor 1/7 seines Staatsgebietes und musste langfristig hohe Reparationen zahlen. Die Saat für den späteren Erfolg Hitlers und den Zweiten Weltkrieg war gelegt.

1.3 Die „Golden Twenties“

Cornelsen Lehrbuch S. 62-65, Quellentipps S. 63, B3, B4, S. 65, T.2.

Nach anfänglicher Depression begann in den 1920er Jahren ein rasanter **Wirtschaftsaufschwung** durch die **Rationalisierung der Industrie** mit der Einführung der Fließband- und Akkordarbeit, so auch in der Automobilindustrie („Fordismus“). Es entstand eine Konsumgesellschaft auf der Basis des „**American Way of Life**“ – die USA wurden zum Leitbild für Modernität – New York zum weltweit zentralen Börsenplatz – und der Dollar zur globalen Leitwährung.

Medienentwicklung: Radio, Jazz, Film (Hollywood).

Eindämmung: Alkoholverbot („**Prohibition**“) 1920-1933: enormer Profit für „Gangster“ durch Schwarzhandel.

Die **Außenpolitik** der USA war bis in den Zweiten Weltkrieg hinein wieder auf Neutralität ausgerichtet:

- Keine Unterzeichnung des Versailler Vertrages von 1919, aber **separater Friedensvertrag mit Deutschland 1921**.
- Kein Beitritt zum Völkerbund aber Bemühungen zur Friedensschaffung: Ächtung des Krieges im **Briand-Kellogg-Pakt von 1928**, (benannt nach dem Außenminister Frankreichs und der USA), einem völkerrechtlichen Vertrag, von 55 Staaten unterzeichnet.

1.4 Weltwirtschaftskrise und „New Deal“

Cornelsen Lehrbuch S. 66-69, Quellentipps S. 66, B2, S. 68, Tab. 1 u. 2, S. 69, B4.

Ein plötzlicher Rückgang des Wirtschaftswachstums 1929 löste panikartige Aktienverkäufe an der New Yorker Börse aus. Die Aktienkurse fielen ins Bodenlose. Der **29. Oktober 1929 ging als „Schwarzer Freitag“** in die Geschichte ein. Es folgte für die gesamten 1930er Jahre die **Weltwirtschaftskrise**. Durch die internationalen Finanzverflechtungen war auch ganz Europa betroffen.

Die Folgen der **Großen Depression**:

- **Ende** des Wirtschaftswachstums.
- Enormes **Schrumpfen** der Investitionen.
- Verzehnfachung der **Arbeitslosigkeit**.
- **Verarmung** der Bevölkerung.
- Die große **Klimadürre** der 1930er Jahre setzte der Landwirtschaft stark zu.
- **Ende des amerikanischen Traumes** von unbegrenztem Wirtschaftswachstum und Wohlstand.

Der neu gewählte demokratische Präsident **Franklin D. Roosevelt (1933-1945)** schaffte teilweise Abhilfe mit seinem neuen staatlichen Hilfsprogramm, „**New Deal**“ genannt, das jeden Wirtschaftsbereich erfasste:

- **Staatliche Aufsicht** der Börsen- und Bankgeschäfte.
- **Subventionen** der Landwirtschaft.
- **Regulierung** von Löhnen und Arbeitsbedingungen.
- Anerkennung von **Gewerkschaften**.
- **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen**
- Einführung eines **Sozialversicherungssystems**, u. a. die Arbeitslosenversicherung.

Präsident Roosevelt **beendete den „Laissez-faire-(lassen Sie laufen) Staat des klassischen Wirtschaftsliberalismus** und verfolgte die Politik eines modernen Investitions- und Sozialstaates.

1.5 Die USA im Zweiten Weltkrieg

Cornelsen Lehrbuch, S. 70-74, Quellentipps S. 70, B1, S. 72, T1, S. 73, Tab. 1, B5, **S. 74 Zeittafel USA – 1945.**

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges bestimmten die Befürworter des **Isolationismus** und einer **strikten Neutralitätspolitik** die US-Außenpolitik – und dies größtenteils auch nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939. Aber es wurde aufgerüstet und Großbritannien mit Waffen und Krediten unterstützt.

Nach Beginn des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Juni 1941 formulierten Präsident Roosevelt (USA) und Premierminister Churchill (Großbritannien) in der **Atlantik- Charta** gemeinsame Vorstellungen über die internationale Nachkriegsordnung, inhaltlich an das 14-Punkte-Programm von Präsident Woodrow Wilson von 1918 erinnernd:

- Selbstbestimmungsrecht der Völker
- Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems

Sie bildete die **Grundlage** für die Gründung der **Vereinten Nationen (UNO)** 1945.

Nach Japans aggressiver Expansionspolitik in China und Südostasien stellten die USA Öl- und Erzlieferungen ein.

7. Dezember 1941: Angriff Japans auf Pearl Harbour, der Basis der US-Pazifikflotte auf Hawaii.

Kriegserklärung der USA an Japan: Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg, Kriegserklärung Deutschlands und Italiens an die USA.

Im **Juni 1944** landen die Alliierten in Frankreich (**Normandie**).

Am **8. Mai 1945** endet der Zweite Weltkrieg **in Europa mit dem Sieg der Alliierten**.

Am **14. August 1945 besiegen die USA Japan** nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki.

Durch die **Aufrüstung der USA** verbesserte sich deren wirtschaftliche Lage. Der Krieg vermittelte ein **patriotisches "Wir-Gefühl"**.

Die **Kombination von staatlicher Lenkung und liberalem Wirtschaftssystem** erwies sich als effizient. Wirtschaft und Politik wuchsen zu einem „**kooperativen Liberalismus**“ zusammen.

Weiter:
Lernbereich 3: Einflüsse auf die Lebenswirklichkeit.
Ideen und Ideologien des kurzen 20. Jahrhunderts im globalen Wettstreit.

Marxismus, Leninismus und das politische System in der UdSSR

Westermann Lehrbuch, Raps, Christian, Blickpunkt Geschichte. Westermann Verlag, Braunschweig 2017, S. 54-65. Quellentipps S. 54, M2, S. 55, M3, S. 59, M8, M9, S. 61, M3, S. 62, M7, S. 64, M9, S. 65, M12.

Der Marxismus

Die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts brachte eine neue Schicht hervor: die Arbeiterklasse. Diese arbeitete in den neu entstandenen Fabriken.

Der Kapitalismus ist die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es herrscht ein Privateigentum über die Produktionsmittel. Der Markt wird durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Merkmal des Kapitalismus ist das ununterbrochene Streben nach Gewinn.

Karl Marx (1818-1883) und Friedrich Engels (1820-1895) veröffentlichten 1848 „**Das kommunistische Manifest**“ und Karl Marx 1867 „**Das Kapital**“.

Karl Marx vertritt darin folgende These: der herrschenden Klasse gehören die Fabriken, Maschinen, Banken und Ländereien, die unterdrückte Klasse, das Proletariat, besitzt hingegen nur ihre Arbeitskraft. Diese muss sie verkaufen um zu überleben. Und derjenige, der diese Arbeitskraft kauft, hat in der Regel mehr davon, als der, der sie verkauft. Diese Schicht der Unternehmer verdient mehr als die Arbeiter, indem sie den Gewinn für sich behält. Und dieser Profit wird durch beständige Rationalisierung, Automatisierung und Lohnsenkung gesteigert, was eine Verelendung des Proletariats durch niedrige Arbeitslöhne und wachsender Arbeitslosigkeit zur Folge hat.

Diese Verelendung der Arbeiterklasse kann durch eine neue Gesellschaftsordnung behoben werden:

Der Kommunismus

bezeichnet eine politische Ideologie bzw. eine politische Bewegung, die eine klassenlose Gesellschaft als Ziel verfolgt. Zudem soll das Privateigentum beseitigt werden und in Gemeineigentum umgewandelt werden. Die Produktion wird gemeinschaftlich geplant.

Umgesetzt wurde diese Ideologie des Kommunismus ab 1917 in Russland. Im Ersten Weltkrieg, im **Februar 1917**, wurde die Monarchie und der russische Zar Nikolaus II. gestürzt und eine bürgerlich-demokratische Regierung etabliert. Mit der **Februarrevolution** öffnete sich damals für wenige Monate ein Fenster für eine demokratisch-freiheitliche Entwicklung Russlands.

In der **Oktoberrevolution von 1917** stürzte **Wladimir Iljitsch Lenin** (Regierungschef 1917-1924), der Anführer der **Bolschewisten**, die bürgerlich-demokratische Regierung und etablierte den Kommunismus als eine Form des Sozialismus.

Demokratie oder Bolschewismus? Mit der Oktoberrevolution beginnt der Konflikt zwischen Ost und West, der das 20. Jahrhundert prägen wird.

Der **Leninismus** und die Entstehung der Sowjetunion:

Herrschaft der **Bolschewisten**:

- Diktatur des Proletariats
- Aufbau einer Einparteiendiktatur
- Errichtung eines totalitären Staates
- Geheimpolizei „Tscheka“
- Bürgerkrieg 1917-1922 (Rote gegen Weiße).
- Aufbau der Roten Armee
- Sieg der Bolschewisten und **1922 Gründung der Sowjetunion**, die nach dem Sieg über Deutschland 1945 zur Großmacht aufstieg und bis 1991 existierte.

Der **Stalinismus**

Josef Stalin (Diktator 1924-1953)

„**Totalitarismus**“:

- Repressionen, Säuberungen, Schauprozesse, Massenterror, Gulag-System (Arbeitslager, insgesamt ca. 18 Mio. Insassen)
- Personenkult, Zentralismus, Bürokratie
- Rigorose Industrialisierung
- Kollektivierung der Landwirtschaft, Enteignung der Groß- und Mittelbauern,
- Hungersnöte (über 3 Mio. Tote)
- Kulturrevolution: Alphabetisierung, Bildung und Kultur für die Massen, Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung
- Sieg über NS-Deutschland 1945 und Hauptkraft der Befreiung Europas vom Faschismus

Weiter:
Lernbereich 3: Einflüsse auf die Lebenswirklichkeit.
Ideen und Ideologien des kurzen 20. Jahrhunderts im globalen Wettstreit.

5. Internationale Entwicklungen seit 1945

Klett Lehrbuch S. 222-247.

5.1. Der Ost-West Konflikt

5.1.1 Der Kalte Krieg: Verbündete werden Feinde:

Ende der Anti-Hitler-Koalition, Beginn der bipolaren Welt,
Kalter Krieg: Krisen, Kriege und ihre Bewältigung

Klett Lehrbuch S. 224-233, Quellentipps: S. 230-233: M11, M13, M16, M17, M19.

Tafelbild: Ursachen und Folgen des Kalten Krieges (separate Datei).

Der Kommunismus

bezeichnet eine politische Ideologie bzw. eine politische Bewegung, die eine klassenlose Gesellschaft als Ziel verfolgt. Zudem soll das Privateigentum beseitigt werden und in Gemeineigentum umgewandelt werden. Die Produktion wird gemeinschaftlich geplant.

Der Kapitalismus

bezeichnet eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es herrscht ein Privateigentum über die Produktionsmittel. Der Markt wird durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Merkmal des Kapitalismus ist das ununterbrochene Streben nach Gewinn.

Der Koreakrieg

Der Koreakrieg 1950-53 war der erste Stellvertreterkrieg zwischen den USA und der UdSSR. Nordkoreanische, chinesische, südkoreanische, amerikanische und UN-Mandatstruppen (u.a. Türkei) waren daran beteiligt.

Ergebnis:

Weiterhin Teilung des Landes: Nordkorea kommunistisch, Südkorea kapitalistisch. Trennung wie vor dem Krieg. Nur Waffenstillstand seit 1953, kein Friedensvertrag. Hohe Aktualität in der gegenwärtigen Politik.

Die Kuba-Krise

1959 Der Kommunistische Revolutionsführer Fidel Castro kommt in Kuba an die Macht. Er ist mit der UdSSR verbündet.

1962 Stationierung russischer Raketen auf Kuba als Antwort Russlands auf die von den USA in der Türkei errichteten Raketenbasen. Die USA errichteten eine Seeblockade mit Kriegsschiffen, um die russischen Raketenlieferungen zu stoppen. Ein Dritter Weltkrieg drohte. Die UdSSR unter dem Staatschef Chruschtschow lenkte ein.

Ergebnis:

Die UdSSR demontieren die Raketenbasen auf Kuba, die USA tun das Gleiche in der Türkei.

Ab 1963 „Heißer Draht“: eine direkte Telefonverbindung zwischen Washington und Moskau.

Der Vietnam-Krieg (1964-75)

1954 Ende der französischen Kolonialherrschaft. Teilung Vietnams in Nordvietnam (kommunistisch) und Südvietnam (kapitalistisch). Der kommunistische „Vietcong“ begann Südvietnam zu besetzen.

1964 Die USA greifen im Rahmen der **Eindämmungspolitik (Domino-Theorie** : wie bei einer Kette von Domino-Steinen fallen Länder um und werden kommunistisch) zugunsten Südvietnams in den Krieg ein. Durch das Massenbombardement und das Leid der Zivilbevölkerung kippt weltweit die Stimmung zu Ungunsten der USA. Diese verlieren 1975 den Krieg – für die USA zum ersten Mal ein verlorener Krieg – und ein Trauma – auch für Vietnam. Die Folgen sind bis heute zu spüren.

Erste Entspannungsphasen und Abrüstungsbemühungen: Erfolge und Misserfolge der Entspannungspolitik

prägen auch das Bild des Kalten Krieges. Allerdings konnte keineswegs von einer echten Abrüstung gesprochen werden – das Wettrüsten zwischen den Supermächten verursachte enorme Kosten. Durch die **SALT-Verträge** (Strategic Arms Limitation Talks) in den 1970er Jahren wurden immerhin neu hinzugekommene Raketensysteme begrenzt.

Die **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)** fand von 1973-1975 in Helsinki statt. Teilnehmer: NATO- und Warschauer Pakt-Staaten.
Ergebnis der **KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975**:

- Die Unverletzlichkeit der Grenzen
- Gewaltverzicht
- Die Achtung der Menschen- und Freiheitsrechte, auch durch die Ostblockstaaten

Letzteres bildete die Basis für aufstrebende oppositionelle Gruppen im Warschauer Pakt, so in Polen und in der DDR. Es wuchs die Zahl der Menschenrechts-, Umwelt- und Friedensgruppen, die 1989 den Mauerfall unterstützten. Es folgten mehrere KSZE-Folgekonferenzen. Seit 1995 bis zum heutigen Tag heißt sie **Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)** mit ständigem Sitz in Wien.

Tafelbild: Phasen des Kalten Krieges (separate Datei).

5.1.2. Die Systemkonkurrenz zwischen Ost und West

Klett Lehrbuch S. 234-239, Quellentipps: S. 237-239: M3, M6.

fand überwiegend auf wissenschaftlicher (technischer), gesellschaftlicher und militärischer Ebene statt.

Die Sowjetunion brachte 1957 und 1961 die ersten Satelliten (Sputnik) und Menschen (Juri Gagarin) in den Weltraum.

1969 folgten die USA mit der ersten Mondlandung (Neal Armstrong).

Auch im Sport wurde wettgeeeifert.

Rüstungswettlauf und Abschreckung

Das Wettrüsten zwischen der USA und der UdSSR mit den jeweiligen Bündnispartnern führte zu einem atomaren Patt. Beiden Seiten war klar, dass Keiner einen drohenden Atomkrieg gewinnen würde. Dennoch glaubte man, besonders zu Zeiten von Stellvertreterkriegen, dass ein neuer Weltkrieg ausbrechen könnte.

5.1.3. Das Ende des Kalten Krieges

Lehrbuch S. 240-247, Quellentipps: S. 243-247: S. 244: M1, S. 247: M6, M7.

„Ost-West“ – ein unüberwindbarer Konflikt ?

Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979 und der NATO-Doppelbeschluss, der eine Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Europa vorsah, steigerte den Ost-West Konflikt.

Ab 1981 verstärkte der neue amerikanische Präsident Ronald Reagan die Aufrüstung durch ein extrem teures, weltraumunterstütztes Raketenabwehrsystem SDI. Man wollte die UdSSR tottrüsten.

Oppositionelle Bewegungen, bzw. demokratische Reformbewegungen im Warschauer Pakt waren immer unterdrückt worden:

- 1953 Der Volksaufstand in der DDR
- 1956 Der Austrittsversuch Ungarns aus dem Warschauer Pakt
- 1968 Der „Prager Frühling“ in der Tschechoslowakei
- 1980er Jahre Das Verbot der polnischen Gewerkschaft „Solidarnosc“.

„Glasnost“ und „Perestroika“ – Ende eines Konflikts ?

Mit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows 1985 zum sowjetischen Staatschef wurde eine neue Politik eingeleitet, die schließlich zum Ende des jahrzehntelangen Ost-West Konflikt führte. Gorbatschow vertrat mit den von ihm geprägten Begriffen „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umbau) eine transparente, offene und tolerante Politik und eine wirtschaftliche Umgestaltung. Wollte Gorbatschow den Kommunismus reformieren, leitete er damit aber einen Prozess der politischen Emanzipation in den Ostblockstaaten ein, in denen das kommunistische System gestürzt wurde. Auch viele Sowjetrepubliken erklärten sich für unabhängig, sodass die Sowjetunion und der Ostblock 1991 zerfielen.

Der Warschauer Pakt wurde, auch im Zuge von Abrüstungsverträgen zwischen den USA und Russland, 1991 aufgelöst.

Der Kalte Krieg war beendet.

Lernbereich 4: Historische Lebenswirklichkeiten in Deutschland:
Deutsche Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs

2. Deutschland – von der Teilung bis zur Wiedervereinigung
Innenpolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der
Bundesrepublik Deutschland und der DDR

Klett Lehrbuch S. 36-110

2.1 Deutschland unter alliierter Besatzung

Klett Lehrbuch S. 36-47, Quellentipps: S. 44-47: M8, M11, M15.

4 Besatzungszonen:

Westzonen:

Amerikanische
Britische
Französische

Ostzone:
Sowjetische

Alliiertes Kontrollrat genehmigt Parteien ab 1945:

Westzonen:

CDU → Konrad Adenauer
CSU → in Bayern
BP → in Bayern (Bayernpartei)
FDP → Theodor Heuss
SPD → Kurt Schumacher

Ostzone:

SPD → Otto Grotewohl
KPD → Walter Ulbricht (Kommunistische Partei Deutschlands)
CDU
SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) → aus KPD und SPD
zwangsvereinigt.

Viele Politiker aus der Weimarer Republik (1918-1933).

Flüchtlinge und Vertriebene

- Ehemalige Zwangsarbeiter und Überlebende aus den Konzentrationslagern:
9 – 11 Mio.

- Heimatvertriebene: 12 – 14 Mio.

Tafelbild: Nachkriegspläne der Siegermächte (separate Datei).

2.2 Die Gründung zweier deutscher Staaten

Klett Lehrbuch S. 48-57, Quellentipps: S. 54-57: M6, M7, M12, M14.

Der Bruch der Anti-Hitler Koalition (USA, GB, F, SU)

Unterschiedliche Wertvorstellungen:

Westliche Staaten (USA, GB, F):

- Demokratie und freie Marktwirtschaft (Kapitalismus)

Sowjetunion (SU):

- Autoritär gelenkter sozialistischer Staat (Kommunismus), Planwirtschaft
- In der SBZ (Sowjetische Besatzungszone): Enteignung und Kollektivierung

Der Marshall-Plan

Finanzielles Hilfsprogramm für Europa. Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Einbindung der Westzonen in die westliche Staatengemeinschaft.

Die Währungsreform

Einführung der Deutschen Mark (DM) 1948. Ende des Tauschhandels und des Schwarzmarktes.

Die Luftbrücke

Als Reaktion auf die Währungsreform 1948 blockierte die Sowjetunion fast ein Jahr lang alle Zufahrtswege nach Westberlin. Die USA versorgten die Berliner mit Hilfe einer Luftbrücke mit den lebensnotwendigen Gütern.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD)

- 1948 Londoner Konferenz: Planung der Gründung eines Weststaates.
- „Frankfurter Dokumente“: Brief der Alliierten an die Ministerpräsidenten der Westzonen eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen.
- August 1948: Der Verfassungskonvent von Schloss Herrenchiemsee.
- September 1948: Bonn. Parlamentarischer Rat: 65 Politiker erarbeiten das Grundgesetz der BRD („Nie wie Weimar“):
 - Bundespräsident weniger Macht
 - Kanzler mehr Macht
 - 5 % Hürde

- Elementare Grund – und Menschenrechte
- Bundesverfassungsgericht

8. Mai 1949: Grundgesetz fertig.

August 1949: Erste Bundestagswahlen.

1949: 1. Deutscher Bundestag:

- CDU/CSU/FDP/DP (Deutsche Partei)
- SPD: Opposition

Kanzler: Konrad Adenauer (CDU), 1949 – 1963

Bundespräsident: Theodor Heuss (FDP)

Die DDR zieht nach:

Oktober 1949: Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

2.3 Deutschland zwischen Ost und West

Die Auswirkungen des Ost-West-Konflikts auf (Gesamt-)Deutschland in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

Die Auswirkungen von Sozialer Marktwirtschaft und Planwirtschaft

Klett Lehrbuch S. 58-73, Quellentipps: S. 66-73: M12, M13, M15, M16, M20b), S. 72: M1, M2.

Ab 1949: die Westbindung der BRD

Ab 1952 Auswärtiges Amt

1955 Pariser Verträge

Die BRD erhält mehr Souveränität. Aufhebung des Besatzungsstatutes: vom Besiegten zum Bündnispartner.

1955 Der NATO-Beitritt der BRD

Die BRD tritt dem 1949 gegründeten westlichen Militärbündnis **NATO** (North Atlantic Treaty Organization) bei.

Die Stalin-Note 1952

Angebot Stalins:

- Wiedervereinigung
- Gesamtdeutsche Regierung von BRD und DDR
- Nationale Streitkräfte
- Abzug der Besatzungstruppen

Einwände der Westmächte:

- Keine freien Wahlen
- „Neutralisierung“: Annäherung an die UdSSR

Zusätzliche Textquelle: „Stalin-Noten--Streit um Stalins Angebot“ (separate Datei).

Der Anspruch auf Alleinvertretung

der BRD als einziger legitimer Vertreter Deutschlands, da in der DDR keine freien Wahlen stattfinden und diese somit keine Demokratie ist.
Die DDR sagt: es gibt 2 deutsche Staaten.

Die Hallstein-Doktrin

Ab 1955 – 1970 in der Bundesrepublik: keine diplomatischen Beziehungen zu Staaten, die die DDR anerkennen.

Die soziale Marktwirtschaft

Das an den Gesetzen des freien Marktes orientierte Wirtschaftssystem (Angebot und Nachfrage regeln den Preis, Streben nach Gewinn, Privateigentum) mit sozialen Aspekten ist die Grundlage des **Wirtschaftswunders** und des Wohlstandes in der BRD.

Begründer: **Ludwig Erhard, Wirtschaftsminister** 1949-63, Bundeskanzler 1963-66.

Die DDR: Einparteienstaat stalinistischer Prägung

Walter Ulbricht (1950-71): Generalsekretär, später Staatsratsvorsitzender.

1950 Beitritt der DDR zum RGW („Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ der sozialistischen Staaten Osteuropas), westliche Bezeichnung: COMECON.

1955 Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt, dem militärischen Beistandspakt des Ostblocks unter der Führung der Sowjetunion. Dieser existierte 1955-1991.

Arbeiter – und Bauernstaat

Staatliche Planwirtschaft:

VEB Volkseigene Betriebe

LPG Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft

→**Mangel an Konsumgütern**

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Protest gegen die „Normerhöhung“ (mehr Arbeitsleistung). Streik, Aufstand und Niederschlagung durch die DDR-Polizei und die Sowjetarmee. Es folgten Prozesse gegen Beteiligte.

Tafelbild: Bau der Berliner Mauer (separate Datei).

2.4 Die sozialistische DDR – Anspruch und Wirklichkeit

Klett Lehrbuch S. 74-87, Quellentipps: S. 82-85: M9, M12, M15, M16, M17.

Die Verfassung der DDR war ein Wunschbild. Der Führungsanspruch der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) war verfassungsrechtlich verankert. Die Rechtfertigung für diese Allmacht entnahm die SED der **Ideologie des Marxismus-Leninismus (Kommunismus)**, die Stalin zu einer Herrschaftslehre ausgearbeitet hatte.

Im **Politbüro** wurden alle wesentlichen Entscheidungen getroffen.

Die Säulen der Macht

Sowjetische Streitkräfte
Ministerium für Staatssicherheit (**Stasi**)
Volkspolizei (**Vopo**)
Nationale Volksarmee (**NVA**)

Weitere Themen:

Kirchen als Opposition
Sozialistische Erziehung
Freizeit, Kultur, Sport
Frauen in der DDR
Fürsorgediktatur
Ungelöste Wirtschaftsprobleme

2.5 Wandel der Ostpolitik und der „Deutschen Frage“

Klett Lehrbuch S. 88-95, Quellentipps: S. 92-95: M6, M7, M10, M11, M12.

1969 Sozialliberale Koalition (SPD, FDP) bis 1982.

Bundeskanzler Willy Brandt, SPD (1969-74).

Außenminister Walter Scheel (1969-1974), Bundespräsident 1974-1979)

Die Ostverträge der neuen Bundesregierung Brandt/Scheel bilden einen zentralen Wandel in der sogenannten **Deutschen Frage**, jenem immer wieder auftretenden

Problemkomplex der deutschen Einheit, insbesondere zu Zeiten des Kalten Krieges zwischen der BRD und der DDR.

Tafelbild: Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel (separate Datei).

Tafelbild: Außenpolitische Meilensteine beider deutscher Staaten (separate Datei).

2.6 Friedliche Revolution und Überwindung der Teilung Einigungsprozess und Wiedervereinigung: Auswirkungen auf Politik; Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur

Klett Lehrbuch S. 96-111, Quellentipps: S. 102-111: M10, M12, M13, M15, S.108-109: M2, M4.

Die Wiedervereinigung

Die **Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)** fand von **1973-75 in Helsinki** statt. Sie avisierte mehr Freiheiten für die Bürger. In der **DDR** ermunterte dies trotz weiterer Bespitzelung **Menschenrechts- und Friedensgruppen**. In Polen gab es Bürgerrechtserfolge durch die **Gewerkschaft Solidarnosc** (S. 81) unter **Lech Walesa**, dem späteren polnischen Staatspräsident (1990-1995).

In der **Sowjetunion** leitete der neue Staatschef **Michail Gorbatschow (1985-91)** **Reformen** ein. Die Wirtschaft und die enormen Wettrüstungskosten waren nicht mehr finanzierbar.

Die DDR-Führung sperrte sich gegen die dringend notwendigen Reformen.

Das geeinte Deutschland entsteht

1989 Massenflucht über Ungarn.

Demonstrationen in Leipzig.

Rücktritt Erich Honeckers (SED - Chef 1971-89)

9. November 1989 Öffnung der Grenzen zur BRD – die Mauer war gefallen.

1990 Erste freie Wahlen. Sieg der konservativen „Allianz für Deutschland“.

Ministerpräsident Lothar de Maizière (Ost CDU).

1. Juli 1990 „Währungs-Wirtschafts- und Sozialunion“:

3. Oktober 1990 Wiedervereinigung; jährlicher Feiertag in Deutschland.

Tafelbild: Staatsvertrag Bundesrepublik Deutschland - DDR 1. Juli 1990 (separate Datei).

Der „Zwei plus Vier-Vertrag“

BRD/DDR und UdSSR, USA, GB,F.

Zustimmung der Besatzungsmächte zur Wiedervereinigung: volle Souveränität Deutschlands. Der sowjetische Staatschef **Gorbatschow** akzeptiert die **NATO-Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands**. Zum Teil Skepsis des Auslandes.

Gesellschaftliche Herausforderungen im wiedervereinigten Deutschland

Klett Lehrbuch S. 100-101, Quellentipps: S. 102-105: M10, M11, M12, M15, M16.

Tafelbild: „Aufschwung Ost“ (separate Datei).

Gesellschaftlicher Wandel seit 1949

4.2 Wandel von Familie, Jugend und Frauenrolle

Klett Lehrbuch S. 172-183, Quellentipps: S. 178-183: M9, M11, M15, M18, S 182, M1.

Hatte sich durch den Mangel an Männern die Arbeitsaufteilung nach dem Krieg zugunsten der Frauen entwickelt, so konsolidierte sich die frühere Rolle in den 50er Jahren: der Mann verdient, die Frau ist Hausfrau. Ab den 60er Jahren jedoch waren im Rahmen des wirtschaftlichen Aufschwungs und des gehobenen Konsumanspruches Frauen wieder vermehrt berufstätig.

Höhere Scheidungsraten, neue Familienmodelle und mehr Individualismus und existentielle Freiheit prägten die **Hippiezeit** ab der Mitte der 60er Jahre. Besonders die Jugend partizipierte an dieser Entwicklung; in der BRD mehr, in der DDR weniger.

Die Selbstverwirklichung der Jugend spiegelte sich in der Mode, der Haartracht und in der politischen Protestbewegung wider. (s. Kap. 4.4).

Einen großen Sprung in der Gleichberechtigung machten **Frauen**, so durch Liberalisierungen im Abtreibungsrecht (§218), im Scheidungsrecht und durch mehr Gleichstellung in der Arbeitswelt, auch durch die Frauenquote.

In der DDR fanden die Bedürfnisse von Frauen früher Beachtung als in der BRD.

4.4. Zwischen innerem Protest und Demokratisierung – ein Ausflug zu den Meilensteinen der Hippiezeit

Klett Lehrbuch S. 196-207, Quellentipps: S. 202-207: M5, M9, M10, M14, M15.

Die 68er Studentenbewegung und ihre Folgen **„Flower Power in der Hippiezeit“**

Kritikpunkte:

- Konservatives Bildungssystem
- Die **Notstandsgesetze**
- **Unzureichende Auseinandersetzung mit der NS-Zeit**

Friedensbewegung

- **Anti-Atombewegungen**
- Protest gegen Wiederbewaffnung, Aufrüstung, NATO-Doppelbeschluss und Golfkriege

Umweltbewegung

- Umweltkatastrophen
- Endlichkeit der Ressourcen (Ölkrisen, etc.)
(Proteste gegen z. B. die Startbahn West am Frankfurter Flughafen, gegen den Rhein-Main-Donau-Kanal oder gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf).
Bezug zu internationalen Klimagipfeln.
- **1982 Parteigründung „Die Grünen“**

Tafelbild: Ursachen der Studentenbewegung (separate Datei).

Tafelbild: Die APO: Generationenkonflikt und politische Revolte (separate Datei).